

## Hiroshima-Tag 2018

Rede von **Ellen Baumann**, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., bei der Kundgebung des Hamburger Forums zum Hiroshima-Tag am 6. August 2018 (am Deserteursdenkmal, Dammtorwall)

---

Im vergangenen Jahr wurde der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen von 122 Mitgliedstaaten der UNO beschlossen. Derzeit läuft die Unterzeichnung. Ihr habt alle davon gehört und wir können ICAN gar nicht genug für die Unterstützung dieser Initiative danken.

Es gibt einen weiteren internationalen Vertrag in diesem Zusammenhang, den Atomwaffensperrvertrag oder Nichtverbreitungsvertrag, der in diesem Jahr 50 Jahre alt wurde. Es gab keine großen Feiern zu diesem Jahrestag – wahrscheinlich möchten wichtige Meinungsbildner das Thema Atomwaffen nicht gern diskutiert sehen.

Zunächst einmal enthält auch der Atomwaffensperrvertrag von 1968 die grundlegende Aussage, dass Atomwaffen die Menschheit insgesamt gefährden. Er enthält deshalb nicht nur die Forderung nach Beschränkung atomarer Bewaffnung, sondern die unterzeichnenden Atomwaffenstaaten verpflichten sich zur Abrüstung. Ich zitiere:

"Artikel VI. Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle."

Dass der Atomwaffensperrvertrag an diesem Punkt in den vergangenen 50 Jahren

gründlich gescheitert ist, ist eindeutig: Heute gibt es mehr Atommächte als damals und weltweit über 14.000 nukleare Sprengköpfe. Und alle Atomstaaten modernisieren ihre Arsenale.

Doch der Atomwaffensperrvertrag hatte noch ein weiteres Ziel, nämlich die weltweite Verbreitung der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomtechnik. Ich zitiere aus dem Vertrag:

"Artikel IV (1). Dieser Vertrag ist nicht so auszulegen, als werde dadurch das unveräußerliche Recht aller Vertragsparteien beeinträchtigt, unter Wahrung der Gleichbehandlung ... die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln.

(2) Alle Vertragsparteien verpflichten sich, den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern, und sind berechtigt, daran teilzunehmen. Vertragsparteien, die hierzu in der Lage sind, arbeiten ferner zusammen, um allein oder gemeinsam mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen zur Weiterentwicklung der Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke ... unter gebührender Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsgebiete der Welt beizutragen."

An diesem Punkt war der Vertrag in der Tat sehr erfolgreich, mit dem Ergebnis, dass weltweit – trotz der Katastrophen von Tschernobyl und Hiroshima – ca. 450 Atomreaktoren in Betrieb sind und immer noch weitere geplant und gebaut werden, derzeit insbesondere im Nahen Osten, in Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien. Die im Betrieb befindlichen Kraftwerke sind inzwischen zumeist veraltet und werden täglich gefährlicher. Die Atommüllfrage wird täglich drängender, es gibt kein sicheres Endlager für die atomaren Abfälle, nirgendwo. Zu den Folgen dieses internationalen Vertrages gehört also auch die weitere nachhaltige Verseuchung des Planeten.

Meine Lebenserfahrung sagt mir: Es ging nicht allen Mächten, die an der Entstehung des Atomwaffensperrvertrags beteiligt waren, wirklich um atomare Abrüstung. Es ging wohl manchen zuallererst um die kontrollierte Weiterverbreitung der Atomtechnik – denn sie war zu dieser Zeit ein "Bombengeschäft". Seit Anfang der 1960er Jahre drängten vor allem die großen Konzerne, die in den USA Kernkraftwerke gebaut hatten, in Richtung Export, um ihre Gewinne zu maximieren.

Mit der Nutzung der Kernenergie für die sogenannte friedliche Energieerzeugung entwickeln Staaten aber auch Fähigkeiten zum Bau der Bombe. Deshalb sah der Atomwaffensperrvertrag Kontrollen durch die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) vor. Sie sollte beobachten und prüfen, inwieweit Länder, die nicht zu den Atomwaffenstaaten gehören, aber die Atomenergie nutzen, die ihnen auferlegten Beschränkungen auch einhalten und nicht atomar rüsten.

Letzten Endes erleichterte damit der Atomwaffensperrvertrag den globalen Export von

Kernkraftwerken und entsprechendem Know-how, denn er sorgte zugleich für eine internationale Kontrolle – wobei hier einige Staaten immer "gleicher" waren als andere – siehe die Auseinandersetzung um die Kernkraft im Iran. Wo es "gefährlich" wird, wird immer noch vor allem von den dominierenden westlichen Staaten definiert.

Die USA haben also nicht nur durch die Entwicklung, das Testen und schließlich den ersten Einsatz von Atombomben in Hiroshima und Nagasaki die Verseuchung der Erde und Krankheit und Tod sehr vieler Menschen zu verantworten. Auch mit dem Anstoß zum globalen Export der Atomtechnik und der Propagierung ihrer vermeintlichen Segnungen haben sie in ungeheurem Ausmaß zur Verseuchung der Erde beigetragen. Heute profitieren andere von solchen Exporten, insbesondere auch Russland – aber der Ursprung liegt hier.

Viele Staaten, wie auch Deutschland, haben die Atomtechnik importiert – offiziell zur Nutzung der zu dieser Zeit hochgepriesenen Zukunftsenergie Atomkraft, inoffiziell aber auch, weil sie im eigenen Land über das Know-how und die Materialien zum Bombenbau verfügen wollten.

Heute stehen wir vor den ständig steigenden Gefahren, die von veralteten Kernkraftwerken ausgehen und von den umfangreichen globalen Transporten zu ihrer Versorgung – auch hier in Hamburg –, und vor der Unmöglichkeit zur langfristig sicheren Entsorgung der stetig anwachsenden Abfälle. Und gleichzeitig werden die Atomwaffen in den inzwischen neun Atomwaffenstaaten mit horrenden Summen modernisiert.

Und auch jetzt sind es Großunternehmen in den USA, die sich vom Programm zur Modernisierung der Atomwaffen riesige Profite erhoffen – diesmal die großen US-Waffen-

produzenten, die durch ihre Lobbypolitik und Finanzspritzen an Politiker enormen Einfluss haben.

Um diese Pläne durchzusetzen braucht es aber wieder ein Feindbild, wie man es seinerzeit mit der Sowjetunion konstruiert hatte. Dafür reicht das kleine Nordkorea nicht, auch nicht China, das sein Atomwaffenarsenal erst aufbaut, und auch nicht Iran, das bis jetzt noch gar keine Atomwaffen besitzt. Dazu braucht man einen wirklichen Atomstaat mit einem umfangreichen Waffenbestand. Und das ist in der Nachfolge der Sowjetunion Russland. Das ist der Grund, weshalb man in den USA über Parteigrenzen hinweg so über Trump herfiel, als er sich mit Putin getroffen hatte: Das Feindbild Russland, personifiziert in Putin, wird derzeit in den USA und den verbündeten Staaten gebraucht, um die extrem kostspielige Modernisierung der Atomwaffen und die Aufrüstung generell begründen zu können. So erklären sich die teilweise absurden Anschuldigungen gegenüber Russland.

Bei den Gesprächen mit Trump in Helsinki schlug Putin den USA einen neuen Abrüstungsdialog vor. Die russische Regierung strebt Gespräche über atomare Abrüstung an. Das scheint aber derzeit nicht im Interesse mächtiger Kreise in den USA zu sein; das gilt über die Parteigrenzen hinweg und auch schon für die Ära Obama.

Doch die Lösung auf internationaler Ebene kann es nicht sein, weiter zu warten, bis sich die großen Atommächte auf Gespräche einlassen. Die atomare Abrüstung wurde seit 50 Jahren versprochen und die Versprechen wurden nicht eingehalten. Die Lösung kann nur ein Verbot der Atomwaffen sein, ausgesprochen von der Mehrheit der Staaten der Welt! Vor dem Atomwaffenver-

botsvertrag sind alle Staaten gleich: Produktion, Lagerung, Transport und Einsatz von Atomwaffen sind verboten. Alle Staaten müssen sich der entsprechenden Überprüfung unterziehen. Es ist völlig unverständlich, warum Atomwaffen – die Massenvernichtungswaffen schlechthin – nicht ebenso verboten sind wie chemische und biologische Waffen!

Die Nutzung der Kernenergie und das Interesse an Atomwaffen gehören zusammen, das war immer unsere These. Viele Staaten haben für die Energieerzeugung auf die keineswegs billige Kernkraft gesetzt, weil sie auch die Technik zum Bau der Bombe beherrschen wollten – und das ist heute noch so. Das heißt im Umkehrschluss aber auch: Das Verbot der Atomwaffen wäre zugleich der Todesstoß für die sogenannte friedliche Nutzung, der längst überfällig ist.

Die Staaten der Erde könnten dann endlich dazu übergehen, alle Reste und Abfälle der Produktion von spaltbarem Material so gut wie möglich zu bergen und zu sichern – statt erneut ungeheure Mittel in einer sinnlosen und hochgefährlichen Todesmaschinerie zu binden.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten! Damit wäre zugleich die Forderung verbunden, die in Büchel lagernden US-Atomwaffen abzuziehen – und nicht zu modernisieren!

Und wir fordern die Bundesregierung auf, auf dem internationalen Parkett für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags zu werben – damit könnte sie endlich und wirklich die internationale Verantwortung wahrnehmen, die sie so gerne für sich in Anspruch nimmt, wenn sie in den Krieg zieht!